



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Güleren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kohleausstieg beschleunigen – erneuerbare Stromerzeugung in Bayern aufbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anregung des Ministerpräsidenten, den Kohleausstieg in Deutschland bis 2030 zu vollziehen, auf allen Ebenen und in allen Ressorts zu unterstützen und insbesondere im Bundesrat einen geeigneten Antrag einzubringen, der diesen wichtigen Schritt für den Klimaschutz realisiert. Insbesondere soll sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass ein Viertel der aktuellen Kohlekraftwerkskapazitäten in Deutschland noch in diesem Jahr aus dem Markt genommen werden.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, ihr aktuelles Energieprogramm zu verwerfen, das für das Jahr 2025 einen 40- bis 50-prozentigen Stromimportanteil an der bayerischen Stromversorgung vorsieht. Stattdessen ist ein Energiekonzept zu erarbeiten mit der Maßgabe, den Stromimportbedarf bis 2025 auf unter 30 Prozent und bis 2030 auf unter 20 Prozent zu senken.

Damit einhergehend ist die regionale Stromerzeugung in Bayern auf Basis erneuerbarer Energien deutlich auszubauen. Dazu wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Ausschreibungsvolumina für Wind- und Sonnenenergie auf Bundesebene deutlich anzuheben und in Einklang mit den internationalen Klimavereinbarungen zu bringen. In Bayern muss insbesondere der Ausbau der Windenergie durch eine umgehende Streichung der sogenannten 10H-Regelung wieder angekurbelt werden. Im Bereich der Stromspeicherung müssen zunächst Kapazitäten für die Kurzzeitspeicherung in Bayern ausgebaut werden.

Der Bau neuer Gaskraftwerke ist in den nächsten Jahren nur sinnvoll, um als netzstabilisierende Maßnahme die Versorgungssicherheit zu garantieren. Ob darüber hinaus neue Gaskraftwerke gebaut werden sollen, obwohl noch nicht ausreichend Gas auf Basis erneuerbarer Energien zur Verfügung steht, muss einer volkswirtschaftlichen Betrachtung unterzogen werden. Unter Aspekten des Klimaschutzes ist der Einsatz von fossilem Erdgas auf ein Minimum zu beschränken.

Begründung:

Die Anregung des Ministerpräsidenten, den Kohleausstieg zu beschleunigen ist vollkommen richtig. Angesichts eines gewaltigen Überschusses im deutschen Kraftwerkspark ist ein schnellerer Ausstieg aus der Kohle möglich, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet wird. Insbesondere die besonders klimaschädliche Braunkohle sollte vorrangig abgeschaltet werden. In einem ersten Schritt kann also alleine durch den Brennstoffwechsel von Braunkohle auf Gas ein wichtiger Schritt bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen getan werden.

Ein schneller Ausstieg aus der Braunkohle ist auch im Interesse der oft stillstehenden bayerischen Gaskraftwerke. Gerade bei den modernen und hocheffizienten Gaskraftwerken in Irsching, deren Stromproduktion seit Jahren zurückgeht und die wenige Volllaststunden im Jahr in Betrieb sind, würde ein schneller Kohleausstieg diesen Kraftwerksblöcken wieder einen Marktzugang eröffnen.

Ein schnellerer Kohleausstieg kann aber nur ein erster Schritt sein. Mehr denn je brauchen wir aber einen rascheren Aufwuchs der erneuerbaren Energien.

Das bayerische Energieprogramm aus der letzten Legislaturperiode war und ist in dieser Hinsicht enttäuschend. Es gibt seit Jahren keine ernsthaften Bemühungen die wegfallenden Atomstrommengen durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Während die Stilllegung von Isar 1 und Grafenrheinfeld noch durch den Ausbau der erneuerbaren Energien ersetzt wurde, herrscht seither weitgehende Flaute. Das aktuelle bayerische Energieprogramm setzt in großen Teilen auf Stromimporte. Obwohl noch keine offiziellen Schätzungen der Staatsregierung vorliegen, kann man davon ausgehen, dass im Jahr 2018 Bayern erstmals seit Jahrzehnten zum Stromimportland geworden ist. Für das Jahr 2025 geht die Staatsregierung davon aus, dass 40- bis 50 Prozent des Strombedarfs durch Importe gedeckt wird. Über einen großen Teil des Jahres wird die Importquote noch wesentlich höher sein. Dies ist eine Gefährdung der Versorgungssicherheit, weil die stabile Stromversorgung ganz wesentlich von einem stets funktionierenden Übertragungsnetz abhängt. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass der Importstrom nicht nur aus erneuerbaren Energien stammt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in Bayern in den letzten sechs Jahren deutlich eingebrochen, obwohl ein erhebliches Potenzial vorliegt. Der Ausbau der Windenergie kommt vollständig zum Erliegen, der Ausbau der Photovoltaik ist weit entfernt von vergangenen Zubauzahlen. Ursächlich sind die von der Staatsregierung beschlossene 10H-Regelung sowie verschiedene Ausbaubeschränkungen auf Bundesebene.

Der von der Staatsregierung geplante Ausbau der Photovoltaik wird in nächster Zeit den Bedarf an Kurzzeitspeichern erhöhen, um eine zu erwartende „Überproduktion“ von den Tagesstunden in die Nachtstunden verlagern zu können. Diese Kurzzeitspeicherung ist derzeit auch wirtschaftlicher als die saisonale Speicherung durch verschiedene PtX-Technologien.

Der Ausbau von Gaskraftwerken sollte mit Bedacht passieren. Aktuell gibt es noch viele ungenutzte Kapazitäten im Bereich der Gaskraftwerke, die vorrangig genutzt werden sollten. Auch ist es sinnvoll, wie bereits von der Bundesnetzagentur geplant, als netzstabilisierende Betriebsmittel Gaskraftwerke zu bauen, die nicht am Markt teilnehmen und nur zur Netzstabilität benötigt werden.

Der Bau neuer Gaskraftwerke muss einer volkswirtschaftlichen Prüfung unterzogen werden. Solange nicht ausreichend Gas aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung steht, wäre der Ausbau von Gaskraftwerken zunächst eine Stärkung der fossilen Infrastruktur. In diesem Zusammenhang sollen Alternativen geprüft werden, z. B. dezentrale KWK-Anlagen, Demand-Side-Management, stillgelegte Kohlekraftwerke als Kaltreserve, etc.